

Marr in Osnabrück

Osnabrück, 11. November. Reichskanzler Marr hießt in einer gestern hier abgehaltenen Versammlung der Zentrumspartei eine Rede, in der er zunächst den Vorwurf ungebührlicher Rücksichtnahme auf das Ausland zurückwies. Er erklärte, wie können unsere auswärtige Politik nicht auf Macht aufbauen. Das Eingeständnis dieser Tatsache ist keine Würdelosigkeit, und ich bin überzeugt, daß im Ausland dieser

Mut zur Wahrheit

mehr imponiert, als die Betonung einer Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit, die wir nicht besitzen, sondern erst wiedererringen müssen. Der Reichskanzler führte weiter aus, in der gegenwärtigen Politik seien in diesem Jahre Fortschritte gemacht worden. Wir hätten von Herzen gern die Räumung der Ruhr schon zu Anfang 1925 bewilligt erhalten. Bei der Londoner Konferenz hat uns aber nur der Weg zur Verständigung zur Verfügung gestanden. Es mutet sonderbar an, wenn ein anerkannter Führer einer Oppositionspartei gesagt hat, er hätte auf der Londoner Konferenz in erster Linie die Frage der Ruhrabstimmung zur Sprache gebracht, obwohl er wußte, daß diese Frage von der Behandlung auf der Konferenz ausgeschlossen werden sollte. Es ist anschaulich für manche Kreise unseres Volkes immer noch unmöglich, sich vernünftig auf den Boden der Tatsachen zu stellen. Dass wir auf der Londoner Konferenz etwas erreicht haben, beweist am besten die freudige Zustimmung des besetzten Gebiete. Die von keinem Deutschen Ende 1923 für möglich gehaltene Besserung der Lage sei ein durchschlagender Beweis für die Richtigkeit der Regierungspolitik. Es ergibt sich daraus als erstes Ziel des von uns einzuhaltenden politischen Weges unentwegtes Festhalten an der in diesem Jahre durchgesetzten Linie der auswärtigen Politik. An dem Gedanken der Verständigungspolitik dürfen wir nicht rütteln lassen. Der Weg zur Freiheit könnten wir bei unserer offenkundigen Schwäche nicht durch Drohungen erzwingen.

Die innere Politik müsse sich auf der Mittellinie bewegen. Die Zusammensetzung von Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokratischer Partei werde auch künftig zur Fortführung einer gesunden kräftigen und dem allgemeinen Wohl dienlichen Politik erforderlich sein. Diese drei Parteien müssten den festen Kern in der Regierung und in den Parlamenten darstellen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede bezeichnete der Reichskanzler eine

Neuregelung des Finanzwesens

als eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstages. Das Problem der Aufwertung bedürfe noch der endgültigen Regelung. Es sei verständlich, daß die durch die Inflation schwerbedrängten Volkskreise sich zur Wahrung ihrer Rechte zu Organisationen zusammenfassen, es sei aber unbegreiflich, daß diese Organisationen so leicht sich parteipolitischen Bestrebungen hingeben. Die Organisationen vermieden es primitiv, die Frage zu erörtern, obwohl die Mittel genommen werden sollten, um alle Ansprüche zu befriedigen. Zur die Regierung entscheidend sei die Frage: Wollen wir uns zur Währung festhalten, oder wollen wir wieder in eine Inflation hineinsteuern, aus der es dann keine Rettung mehr gibt? Der Kanzler warnte davor, die Aufwertungsfrage zu einer parteipolitischen Frage zu machen und betonte, daß, wenn über das von der Regierung als das extraktive betrachtete Wahl-Mittel von der Staatsregierung verlangt werden, diejenigen, die diese Forderung erheben, auch verpflichtet seien, die notwendigen Deckungen zu schaffen.

Hildesheim, 11. November. Reichskanzler Dr. Marr wird heute Dienstag, den 12. November, in Hildesheim in einer Versammlung der Zentrumspartei sprechen.

Zentrum und Bayrische Volkspartei

München, 11. November. (Drucksbericht). Die Verhandlungen zwischen Zentrum und der Bayrischen Volkspartei werden in der Sitzung des Reichsparteivorstandes der Deutschen Zentrumspartei am 18. November zum endgültigen Abschluß gelangen. Die Leitung der Bayrischen Volkspartei hat in der Anlehnung an vergangenen Freitag einen vorläufigen Entschluß erlassen, über den nur sorgfältig verlautet, daß die Bayrische Volkspartei geneigt sei, auf den Vorschlag des Zentrums einzugehen, daß in der Zentrumspartei, sowohl wie der Bayrischen Volkspartei eigene Kandidaten aufgestellt werden.

Die Oberschlesische Woche

Berlin, 11. November. Der Reichspräsident und Frau Ober veranstalteten heute aus Anlaß der Oberschlesischen Woche einen Empfang, an dem die Mitglieder des Vorstandes des Oberschlesischen Hilfsbundes unter den Vereinigten Verbänden hervorbliebene Oberschlesiener und zahlreiche führende Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens Oberschlesiens teilnahmen. Der Reichspräsident hieß bei diesem Empfang eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

„Den Gedanken der Oberschlesischen Woche, die Erinnerung an Oberschlesien nachzuholen und kulturelle Hilfe zu leisten, habe ich begrüßt und gern gefordert. Noch immer brennt die Wunde, die die Abtreibung deutsches Landes uns geschlagen hat. Über unsere Brüder und Schwestern im abgetrennten Gebiet wissen, daß sie mit uns zu der großen deutschen Kulturgemeinschaft gehören und wir, soweit es uns vertretbaren Rechte möglich machen, an ihrem Schicksal helfend Anteil nehmen. Das deutschsiedelnde oberschlesische Gebiet kann stets den besonderen Fürsorge des Reichs- und Staatsregierung versichert sein. Deutsche Willens- und Schaffenskraft bürgt dafür, daß Oberschlesien auch künftig das bleiben wird, was es war, eine Stätte der Ordnung, der Arbeit und Kultur. Mit den Oberschlesiern, die sich im ganzen Reich zusammengeschlossen und bei der Rückführung so vorbildlich die Treue zu ihrem Heimat bewiesen haben, mit dem Oberschlesischen Hilfsbund und denen, die deutsche Kultur in Oberschlesien schützen und fördern, gebieten alle Volksgruppen des heimatlosen Gebiets. Die Oberschlesische Woche soll die Bewußtheit des Verbundenseins vertiefen. Möge sie weckende Kraft entfalten und das deutsche Volk einzigen in Hilfsbereitschaft, im Vorwärtsstreben und im Glauben an die Zukunft.“

Der Fall Rathjans

Paris, 11. November. Der „Matin“ hat sich bei der deutschen Volksheit nach dem Staunpunkt der deutschen Regierung in der Angelegenheit des Generals von Rathjans eründigt. Wie wir berichteten, ist der General, der am Mittwochvormittag das Grab seines Sohnes in Frankreich belüftet, dort verhaftet und nach Lille überführt worden. Er wird aufsässig, im Kriege Dienststahle begangen zu haben. — Das Anhaupt der deutschen Volksheit behauptet: Die rechtlichen Fragen bilden den Scheitelpunkt einer Erklärung des Rechtsfaßhüters des Auswärtigen Amtes. Ihre Aussichten ist und noch nicht mitgeteilt worden. Wie dem auch sei, so müssen wir doch ausdrücklich betonen, daß General Rathjans das Verbrechen bestritten und selbst seine Verhaftung in die Wege zu leiten wünscht. Aus rein menschlichen Gründen — der General ist 68 Jahre alt und leidet an einer Hals- und Leberkrankheit — haben wir Herrn gebeten, in eine vorläufige Haftaufsicht zu verzögern. Wir geben uns der Erwartung hin, daß die französische Regierung die Wille des alten Mannes erfüllen wird. Gegenüber unrichtigen Pressemeldungen wird ausdrücklich darauf festgehalten, daß General von Rathjans nichts von seiner Verhaftung gewußt hat. Im Jahre 1919 ordnete die amerikanische Rechtsanwaltsvereinigung in Koblenz auf Antrag von

Probleme der Handelspolitik

Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland

Schweiz.

Berlin, 11. November. Wie der „Bodenkuriere“ von gestern hier erfahren haben will, ist am vergangenen Sonnabend das Verhandlungsprotokoll in den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen von beiden Seiten angenommen worden. Das Ergebnis der Verhandlungen kam im wesentlichen dahin zusammenfaßt werden, daß die Schweiz sich bereits erklärt, bis zum 30. September 1926 die einseitig gegen Deutschland gerichteten Einfuhrbeschränkungen abzubauen, während wir die Erklärung abgegeben haben, unser gesamtes Einfuhrverbotssystem abzulösen.

Belgien.

Brüssel, 11. November. Die am 21. September verlangten deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen sind am Montagnachmittag wieder aufgenommen worden und haben bereits eine Ausarbeitung der gegenseitigen Standpunkte ergeben. Von amtlicher Seite wird hierzu gemeldet, daß ein Einverständnis darüber erzielt worden ist, daß Prinzip der Selbstbegünstigung als Verhandlungsgrundlage anzusehen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sollen neben Fragen des beiderseitigen Warenaustausches auch Wirtschaftsfragen allgemeiner Natur geregelt werden.

Frankreich.

Paris, 11. November. Der deutsche Botschafter v. Hochschild und Staatssekretär Dr. Trendelenburg, der erste Delegierte für die Handelsvertreterverhandlungen, hatten gestern eben mit dem Ministerpräsidenten Mercier eine Besprechung, der auch der Handelsminister Bayardot beiwohnte. Die Besprechung galt den deutsch-französischen Handelsvertreterverhandlungen, die Mitte voriger Woche in Paris wieder aufgenommen worden sind. Gestern ist der auf Grund des Vorschlags des Industrie- und Handelsministers als Vorsitzender für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ernannte Präsident der Mainzer Handelskammer Venel in Paris eingetroffen.

Stellungnahme des Industrie- und Handelsrates

Berlin, 11. November. Am 10. November nahm der Außenhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelsrates in Berlin Stellung zu den deutschen Außenhandelspolitiken. Nach Darlegungen des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes Herrn Geheimen Oberregierungsrat Dr. Kubo über die gegenwärtigen Pariser Verhandlungen verließ Dr. Riedling über das Handelsabkommen mit Spanien. Er begründet eingehend die Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelsrates, dessen Vorsitz sich wiederholt für baldige Ratifizierung ausgesprochen habe. Der Ausschuh stimmte dem einmütig zu. Danach schloß sich ein Beratung von Dr. Siegert über das vorläufige Abkommen mit Österreich, das noch nicht ratifiziert ist.

Hauptgegenstand der Tagung war ein Vortrag des Generaldirektors der Eisenbahn-Berlin, Kommerzienrat Schwartz, über die bevorstehenden Verhandlungen mit Italien, die in einer Entschließung gipfelten, in der es unter anderem heißt:

Der Deutsche Industrie- und Handelsrat nimmt mit Bedrückung davon Kenntnis, daß die deutsche und italienische Regierung in Besprechungen eintreten, welche den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den beiden Staaten erstreben. Er hofft aufrichtig, daß die Verhandlungen von beiden Seiten im Geiste des Entgegenkommens auf einer Grundlage geführt werden, welche den berechtigten wirtschaftlichen und poli-

ticalischen Interessen beider Nationen voll gerecht wird. Er vertritt daher den Standpunkt, daß eine beiderseitige bestreitbare Regelung der Handelsbeziehungen nur auf der Grundlage der allgemeinen Selbstbegünstigung möglich ist. Einen Vertrag ohne volle Selbstbegünstigung glaubt er nicht befürworten zu können. Die deutsche Ausfuhr nach Italien hat noch Abschluß des Abreises sowie schwere Belastungen durchgemacht, doch eine halbe Lösung der Verhandlungen, die beiderseits erstrebt werden, darf sich die volle Selbstbegünstigung außer auf den Warenaustausch auch an alle persönlichen und rechtlichen Fragen erstreckt.

Die Lage der Reichsbahn

Die Übernahme der Regie.

Berlin, 11. November. Über die Verkehrslage der Deutschen Reichsbahn im Oktober dieses Jahres hören wir von unterschiedeter Seite:

Seit einer Reihe von Monaten steht im Oktober zum ersten Male wieder Wagenmangel ein, und zwar als Folge starker Anforderungen an den Verkehr, hauptsächlich zur Versorgung der Bevölkerung mit Speckkartoffeln, zur Beschaffung von Kohlenportionen für Hausbraud und Industrie, sowie zur Versorgung der Zuckerlubenerne. Im Übrigen zeigt der Verkehr entsprechend der fast unveränderten Wirtschaftslage keinen nennenswerten Aufschwung. War es Anfang Oktober noch möglich, den Anforderungen an den Wagenpark im allgemeinen noch zu entsprechen, so rieben gegen Mitte des Monats die fast sprunghaft steigenden Anforderungen, besonders für Kartoffeln und Rüben, vorübergehend Verlegenheiten hervor, die sich in Ausfällen in der Wagenstellung auswirken. Die Wagenstellung verbesserte sich indes gegen Ende des Monats ganz erheblich. Nach den vorläufigen Feststellungen betrug die Wagenstellung im Bereich der Deutschen Reichsbahngesellschaft im Oktober 1924 610 828 offene und 1 231 604 bedachte Wagen, das ist eine Mehrgestellung von 28 Prozent bei offenen und 14 Prozent bei bedachten Wagen.

Ebersfeld, 11. November. Zu der Übernahme der im Regelbetrieb befindlichen Stationen in den Betrieb der Deutschen Reichsbahngesellschaft teilt die Deutsche Reichsbahngesellschaft, Oberbetriebsleitung West, folgendes mit:

Am 16. November 1924 werden die im Regelbetrieb befindlichen Stationen von der Deutschen Reichsbahngesellschaft übernommen. Die Sonderbestimmungen für den Güterverkehr nach Stationen im Regelbetrieb treten daher zu den nachstehend angegebenen Zeiten außer Kraft:

1. Im Frachtgüterverkehr werden die Bestimmungen aufgehoben: a) in den Direktionsbezirken Königswinter, Frankfurt a. d. Oder, Breslau, Stettin, Oppeln und anschließenden Privatbahnenbezirken mit Ablauf des 12. November; b) in den Direktionsbezirken Altona, Schwerin, Berlin, Magdeburg, Dresden, Halle und anschließenden Privatbahnenbezirken mit Ablauf des 13. November; c) in allen übrigen Bezirken mit Ablauf des 14. November.

2. Im Güterverkehr werden die Bestimmungen aufgehoben: in allen Bezirken gleichmäßig mit Ablauf des 14. November.

Von diesen Zeiten ab entfällt somit im Güterverkehr nach Stationen des bisherigen Regelbetriebes die gebrochene Abfertigung auf die Tarifübergangszeitpunkte, der Zeitintervall, das Verbot der Nachnahmeverlastung u. a. Die Abfertigung im Güterverkehr vollzieht sich wieder wie vor Einführung der Regie auf der Grundlage der Eisenbahn-Betriebsordnung und nach den allgemeinen Vorschriften der Deutschen Reichsbahngesellschaft.

† Glückliches Husum! Der deutsch-amerikanische Kunstmaler Nissen, der in Brooklyn verstarb, hinterließ seiner Vaterstadt Husum in Schleswig-Holstein sein Vermögen in Höhe von einer Million Dollar und seine Kunstsammlungen. Er verfügt, daß die Stadt Husum eine Stadthalle, ein Museum, eine Bibliothek und ein Hospital bauen soll. Ausgeführt wird die Errichtung jedoch erst nach dem Tode der Geschwister des Verstorbenen, die vorläufig den Fleißbrauch des Vermögens haben.

† Ein achtlicher Wieder für Iserlohn befindet. Aus Witten kommt folgende Meldung: Der Schlosser Karl Kauerhauer aus Moosburg, der acht Räubermorde und mehrere Brandstiftungen eingestanden hat, ist nunmehr, nachdem er längere Zeit in der Psychiatrischen Abteilung des Gefängnisses Stadelheim auf seinen Selbstsuizid unterstellt wurde, vor als geisteskrank in eine Kurenanstalt eingeführt worden. Sein ältester verhafteter Bruder Otto soll gleichfalls demnächst in die Kurenanstalt übergeführt werden.

Berliner Börse

Mitteilungen von unserem

Geheimen Obersekretär (Oberdirektor)

Wirtschaft in Bildern

Berliner Anfangskurse

	Großbritannien	11. 11.	10. 11.
Deutschland, Groß.	40,2	39,5	
Deutschland, klein.	14,37	13,65	
Spanien, Madrid	—	—	
Spanien, Bilbao	—	—	
Spanien, Valencia	—	—	
Spanien, Barcelona	—	—	
Spanien, Zaragoza	—	—	
Spanien, Valencia	—	—	
Spanien, Murcia	—	—	
Spanien, Andalusien	—	—	
Spanien, Galizien	—	—	
Spanien, Aragonia	—	—	
Spanien, Castilla	—	—	
Spanien, Leon	—	—	
Spanien, Extremadura	—	—	
Spanien, Andalusien	—	—	
Spanien, Murcia	—	—	
Spanien, Galizien	—	—	
Spanien, Aragonia	—	—	
Spanien, Castilla	—	—	
Spanien, Leon	—	—	
Spanien, Andalusien	—	—	
Spanien, Murcia	—	—	
Spanien, Galizien	—	—	
Spanien, Aragonia	—	—	
Spanien, Castilla	—	—	
Spanien, Leon	—	—	
Spanien, Andalusien	—	—	
Spanien, Murcia	—	—	
Spanien, Galizien	—	—	
Spanien, Aragonia	—	—	
Spanien, Castilla	—	—	
Spanien, Leon	—	—	
Spanien, Andalusien	—	—	
Spanien, Murcia	—	—	
Spanien, Galizien	—	—	
Spanien, Aragonia	—	—	
Spanien, Castilla	—	—	
Spanien, Leon	—	—	
Spanien, Andalusien	—	—	
Spanien, Murcia	—	—	
Spanien, Galizien	—	—	
Spanien, Aragonia	—	—	
Spanien, Castilla	—	—	
Spanien, Leon	—	—	
Spanien, Andalusien	—	—	
Spanien, Murcia	—	—	
Spanien, Galizien	—	—	
Spanien, Aragonia	—	—	
Spanien, Castilla	—	—	
Spanien, Leon	—	—	
Spanien, Andalusien	—	—	
Spanien, Murcia	—	—	
Spanien, Galizien	—	—	
Spanien, Aragonia	—	—	